



Niederschrift

Nr. 20

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Tarif und Marketing der
VRR AöR am Mittwoch, den 18.09.2019, 10:00 Uhr, im Rathaus der Stadt
Essen, Porscheplatz, Raum 2.20

Anwesende (lt. Anwesenheitsliste)

Vorsitzende

Frau Martina Foltys-Banning

CDU ordentliche Mitglieder

Herr Christian Gebel, Herr Frank Gensler, Herr Guido Görtz, Herr Jörg Jedfeld, Herr Johannes Kraft, Herr Hans-Jürgen Petrauschke, Herr Martin M. Richter, Herr Dirk Schmidt

SPD ordentliche Mitglieder

Herr Volker Dittgen, Herr Bernd Goerke, Herr Manfred Krossa, Herr Dieter Lieske, Herr Friedhelm Lueg, Herr Dirk Pläßmann, Herr Roland Spieß, Herr Manfred Tepperis, Herr Axel C. Welp

Bündnis 90/Die Grünen ordentliche Mitglieder

Herr Norbert Czerwinski, Herr Hans-Peter Vorsteher

NVN ordentliche Mitglieder

Frau Sigrid Eicker

CDU stellvertretende Mitglieder

Herr Andreas Hartnigk, Herr Frank Heidenreich, Herr Thomas Kracke

SPD stellvertretende Mitglieder

Herr Axel Barton, Herr Jürgen Scharmacher

Berater/Gäste

Herr Jürgen Eichel, Herr Frank Michalzik, Herr Jürgen Schirmer

Vorstand VRR AöR

Herr Ronald R. F. Lünser, Herr José Luis Castrillo

Verwaltung

Herr Dr. Stephan Hörold, Herr Peter Jungemann, Frau Simone Mathea-Schönfeld, Frau Gabriele Matz

Schriftführer/stellv. Schriftführer

Herr Thomas Schäfer

Tagesordnung**Drucksache-Nr.:**

1. Form und Frist der Ladung
2. Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses vom 25.06.2019
4. Sachstandsbericht Z/IX/2019/0599
5. Fortschreibung Marketingplan M/IX/2019/0606
6. VRR eTarif M/IX/2019/0607
7. Tarifangelegenheiten M/IX/2019/0608
8. Anfragen und Mitteilungen

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Tarif und Marketing und begrüßt die Anwesenden.

1. **Form und Frist der Ladung**

Die Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest.

2. **Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird festgestellt. Die Tagesordnung wird genehmigt.

3. **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses vom 25.06.2019**

Der Ausschuss für Tarif und Marketing genehmigt einstimmig die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses vom 25.06.2019.

4. **Sachstandsbericht**
Vorlage: Z/IX/2019/0599

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AöR nimmt den Sachstandsbericht gemäß Drucksache Nr. Z/IX/2019/0599 zur Kenntnis.

5. **Fortschreibung Marketingplan**
Vorlage: M/IX/2019/0606

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** betonen, dass die Steigerung der Einnahmen der Verkehrsunternehmen nicht mehr in vollem Umfang mit Tarifmaßnahmen im Markt zu realisieren sind. Das weitere Vorgehen zum Ausgleich der steigenden Aufwendungen muss politisch entschieden werden. Zur Weiterentwicklung des SozialTickets soll eine Erweiterung der Nutzungsmöglichkeit in Richtung Preisstufe A bis D in Erwägung gezogen werden.

Die **Fahrgastverbände** regen an, im Hinblick auf vertriebswegespezifische Bepreisung darüber nachzudenken, die Rabattierung eines einzelnen Vertriebsweges aufzugeben. Vielmehr soll der bestehende Tarif weiterentwickelt werden, um so neue Kunden für den ÖPNV zu gewinnen.

Herr Castrillo entgegnet, dass die Vorschläge der Fahrgastverbände im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Quartalsgespräche erörtert werden soll. Ziel einer vertriebswegespezifischen Bepreisung sei es gewesen, eine Lenkung der Nachfrage hin zu digitalen Tarifen zu erreichen. Der im Frühjahr dargestellte Vorschlag sei heute nicht Gegenstand der Beschlussfassung.

Der Ausschuss für Tarif und Marketing der VRR AöR empfiehlt dem Verwaltungsrat einstimmig, die vorgelegte Fortschreibung des Marketingplans gemäß Drucksache Nr. M/IX/2019/0606 zu beschließen.

6. **VRR eTarif**
Vorlage: M/IX/2019/0607

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** stellen fest, dass sich die Absicht, dass sich kein heutiger Kunde zukünftig im eTarif schlechter stellen soll, weitgehend in den nun zu beschließenden Preisdeckeln wiederfindet. Diese Regelung wird zudem mit der Hoffnung verbunden, dass dadurch mehr Kunden den Weg zum ÖPNV finden werden. Auch in Richtung Imagebildung ist diese Maßnahme von Bedeutung. Im Hinblick auf die Preisentwicklung soll die Höhe der Preisparameter mit Blick auf die Konkurrenten insbesondere dem Auto weiterentwickelt werden. Die Mitnahmeregelung von Kindern soll in der Anzahl nicht begrenzt sein.

Die **CDU-Fraktion** ergänzt, dass die Entwicklung des eTarifs in Zukunft auch unter Kostengesichtspunkten zu beurteilen ist. Hier ist ein Vergleich der Kosten des digitalen Vertriebs zum analogen Vertrieb von Interesse. Die Verwaltung soll hierzu einen Bericht vorlegen. Unabhängig von den bestehenden Unabwägbarkeiten soll der eTarif umgehend in die Praxis umgesetzt werden.

Auch die **SPD-Fraktion** spricht sich dafür aus, dass der eTarif in die Praxis umgesetzt wird und sich zudem bei Kunden und Unternehmen bewähren muss.

Die **Fahrgastverbände** heben hervor, dass für Vielfahrer ebenfalls ein Preisdeckel eingezogen werden soll. Im Hinblick auf eine Rabattierung soll über eine Freifahrt ab der noch festzulegenden Anzahl an Fahrten nachgedacht werden.

Herr Castrillo erklärt, dass der aktuell vorgestellte eTarif einen Kompromiss zwischen den Interessen der Unternehmen im Hinblick auf die Einnahmensicherung und den Interessen der Kunden im Hinblick auf einen einfachen und gerechten Tarif darstellt. Die Abstimmung mit dem Land NRW sei noch nicht abgeschlossen. Zur Regelung der Kindermitnahme wird eine Prüfung vor der Sitzung des Verwaltungsrats zugesagt.

Der Ausschuss für Tarif und Marketing nimmt die Modellbewertungen sowie Ausführungen zum zukünftigen VRR-eTarif gemäß Vorlage M/IX/2019/0607 zur Kenntnis und empfiehlt dem Verwaltungsrat einstimmig folgende Beschlüsse zu fassen:

- (1) Die Bepreisung zwischen der Start- (Check-in) und Zielhaltestelle (Check-out/Be-out) soll auf Basis von Luftlinien-km erfolgen.
- (2) Das Grundmodell besteht aus einem Festpreis i.H.v. 1,40 € pro Check-in-Vorgang sowie einem Leistungspreis i.H.v. 0,26 € pro angefangenem Luftlinien-km.
- (4) Der Pauschalpreis für Fahrradmitnahme und Nutzung der 1. Wagenklasse beträgt jeweils 3,60 €/Fahrt.
- (5) Im Rahmen von nextTicket 2.0 soll die maximale Teilnehmerzahl auf 15.000 Registrierte beschränkt werden.

Der Ausschuss für Tarif und Marketing spricht die Empfehlung gemäß Vorlage Drucksache Nr. M/IX/2019/0607 Nr. (3) zur Mitnahmeregelung von Kindern nicht aus und verweist auf erneute Beratung im Verwaltungsrat.

Als Maßnahme des Preisvertrauens und der Nutzungsbeanreizung wird als Ergänzung zu den oben aufgeführten Tarifparametern das Kombi-Modell zum Beschluss empfohlen.

Dieses besteht - vorbehaltlich der Kompensation der geringeren Erlöse durch Drittmittelfinanzierung - aus den drei folgenden Komponenten:

- a. Preisdeckel pro Fahrt auf Basis des analogen Flächenzonentarifs.
- b. Stufen-Rabatt mit 50 % Rabatt ab der 20. Fahrt und 10 % Rabatt für die 5. – 19. Fahrt pro 30-Tage-Zeitraum.
- c. Einheitlicher Monatsdeckel in der Preisstufe D auf Basis der Monatskarte Ticket1000.

7. Tarifangelegenheiten
Vorlage: M/IX/2019/0608

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** betont, dass die diesjährige umfangreiche Diskussion zur Preisanpassung unter den Bedingungen in NRW gestanden hat, dass die Nachbarverbände in NRW über dem anvisierten Anhebungsmaß des VRR liegen. Im Vergleich zu konkurrenzierenden Verkehrsmitteln wie dem Auto ist eine Preisanpassung im VRR im Hinblick auf eine Verkehrswende nicht zielführend. Unabhängig davon erkennt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aber an, dass die Preisanpassung notwendig ist, um nötige Investitionen zu ermöglichen und die bestehenden Beschäftigungsverhältnisse der Mitarbeiter in den Unternehmen zu sichern. Gleichzeitig sollen die Unternehmen weiter bestehende Möglichkeiten zur Kostenreduktion ausnutzen. Eine Preisanpassung ist zudem vonnöten, da die Landesregierung im Gegensatz zu anderen Bundesländern die Tarifprojekte im ÖPNV nicht im gleichen Maße fördert. Hier sollen entsprechende finanzielle Mittel des Landes NRW und des Bundes eingefordert werden. In Bezug auf das nun zur Empfehlung vorliegende Preistableau ist auffällig, dass das Erhöhungsmaß der Zeitkarten über dem Durchschnitt liegt. Eine Erhöhung des Sozialtickets um den Durchschnittswert der Preisanpassung ist aus Sicht der Interessen der Unternehmen zur Umsatzsteigerung zu verstehen, aus Sicht der Betroffenen aber abzulehnen.

Im Hinblick auf On-Demand-Verkehre sollen die Mitbewerber bei der Preisfestsetzung beachtet werden. Aus diesem Grund soll bei On-Demand-Verkehren eine breite Spannweite von Rabatten angewendet werden.

Die **CDU-Fraktion** stellt fest, dass die Diskussion zur Preisanpassung durch die

Verkehrswendediskussion geprägt ist. Zurzeit gibt es hierzu viele Ansätze von Lead City, 365 Euro Ticket bis hin zur Freifahrtregelung in Monheim. Aufgrund der polyzentrischen Geographie im VRR müssen die unterschiedlichen Bedingungen vor Ort beachtet werden. Der Qualitätsgedanke ist hierbei mit von entscheidender Bedeutung. Ein Bericht zum Benchmark der Unternehmen im VRR ist inzwischen Konsens und soll sich in einem Bericht im Frühjahr Sitzungsblock 2020 wiederfinden. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, den Unternehmen auch in Zukunft finanzielle Mittel in ausreichendem Maße für Investitionen nicht nur für Reinvestitionen, sondern auch für proaktive Investitionen im Hinblick auf eine Verkehrswende zur Verfügung zu stellen. Die Sicherstellung der Steigerung der Tarifeinnahmen ist dabei ein wesentlicher Bestandteil in den nächsten Jahren zur Sicherung des Finanzbedarfs der Unternehmen. In diesem Zusammenhang soll das derzeitige Verfahren in der Richtlinie zur Einteilung der Tarifgebiete in die Preislagen A1, A2 und A3 überdacht werden, wie das aktuelle Beispiel der Stadt Mülheim zeigt. Es soll eine Darlegung der finanziellen Folgen aufgrund einer Herabstufung von A1 zu A2 erfolgen und im ZV VRR diskutiert werden.

An diesem Beispiel zeigt sich wie unterschiedlich der finanzielle Bedarf der Kommunen im VRR ist, insbesondere auch vor dem Hintergrund des Beispiels Freifahrt in Monheim.

Im Hinblick auf die Diskussion zu einem 365-Euro-Ticket soll die VRR-weite Wirkung, bezogen auch auf die einzelne Kommune über die Preisstufe A hinaus betrachtet werden. Die Verwaltung soll hierzu eine Rechnung vorlegen.

In Bezug auf das vorgelegte Preistableau besteht seitens der **CDU-Fraktion** weiterer Beratungsbedarf, so dass eine Empfehlung heute nicht abgegeben werden soll. Die Preislage des YoungTicketPlus im Großkundenrabattmodell soll überprüft werden.

Zur Weiterentwicklung der Tarifprodukte soll über eine Rabattierung des SchoKoTickets auch für selbstzahlende zweite und weitere Kinder analog der Regelung für Freifahrer nachgedacht werden und in die Überlegungen zur nächsten Preisanpassung einbezogen werden.

Die **CDU-Fraktion** bittet um eine Darstellung der Wirkung von städteübergreifenden Fahrten und der Möglichkeit zur Einführung der Durchtarifierung zum Regel-

tarif bei On-Demand-Verkehren.

Die **SPD-Fraktion** hat zum vorgelegten Preistableau keinen weiteren Beratungsbedarf. Da die CDU-Fraktion aufgrund von Beratungsbedarf heute keine Empfehlung abgeben möchte, schließt sich die SPD-Fraktion diesem Wunsch an. Zur Verbesserung der finanziellen Möglichkeiten der Kommunen für Investitionen im Rahmen der Verkehrswende, insbesondere auch bei den Kommunen, denen ein Haushaltssicherungskonzept auferlegt wurde, muss die Finanzierung des ÖPNV grundlegend reformiert und den heutigen und zukünftigen Erfordernissen angepasst werden.

Die **Fahrgastverbände** betonen, dass bei Leistungskürzungen eine Rückstufung der Preislagen in den Tarifgebieten zwingend notwendig ist, um so keine Kunden zu verschrecken.

Herr Castrillo verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion zur Darlegung der Wirkung eines 365-Euro-Tickets lediglich auf die einzelne Kommune hin. Die verbundweite Wirkung bezogen auf die einzelnen Preisstufen wird seitens der Verwaltung dargestellt.

Im Hinblick auf die Einteilung der Tarifgebiete in die Preisstufen A1, A2 und A3 wird seitens der Verwaltung eine Überprüfung der Regelungen erfolgen.

Der Ausschuss für Tarif und Marketing empfiehlt einstimmig zur Vorlage M/IX/2019/0608:

1. Tarifmaßnahmen 2020

Der Ausschuss für Tarif und Marketing wird in der heutigen Sitzung keine Empfehlung abgeben.

2. NRW-Tarif 2020

Der Ausschuss für Tarif und Marketing empfiehlt dem Verwaltungsrat die Zustimmung zum seitens des Kompetenzzentrum Marketings (KCM) erarbeiteten Preisvorschlag für die ab dem 01.01.2020 geltenden NRW-Pauschalpreise und –aufpreise. Den Anpassungen in den Beförderungsbedingungen NRW sowie den Tarifbestimmungen über den NRW-Tarif wird ebenfalls zugestimmt. Das Votum steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die weiteren Kooperationspartner.

3. Tarifkooperationen

Der Ausschuss für Tarif und Marketing empfiehlt dem Verwaltungsrat die Zustimmung zu den dargestellten Tarifkooperationen des VRR zum Netz2020 Ticket der BOGESTRA und zur Vertragsverlängerung der WelcomeCard Ruhr.

Des Weiteren wird die Umsetzung des X-MAS Ticket, sowie die Freifahrt für aktive Soldaten*Innen in Uniform bei der DB Fernverkehr und der DB Regio zur Kenntnis genommen.

4. Maßnahmen zur Kundenbindung 2020

Der Ausschuss für Tarif und Marketing empfiehlt dem Verwaltungsrat die Umsetzung und Evaluation der vorgelegten tariflichen Sonderangebote Nr. 1 bis 4 zur Kundenbindung für das Jahr 2020.

Der Ausschuss für Tarif und Marketing nimmt folgende Sachstände zur Kenntnis:

1. Einnahmen und Fahrten Januar – Juni 2019
2. Anträge und Anfragen aus dem 2. Sitzungsblock
3. Fortentwicklung OnDemand-Tarif
4. CityTicket
5. NRW-Beförderungsbedingungen für E-Tretroller

8. Anfragen und Mitteilungen

Die **SPD-Fraktion** fragt nach der vertrieblichen Lösung aufgrund des Betreiberwechsels für Fernverkehrstickets im Bahnhof Wanne-Eickel. **Herr Lünser** erwidert, dass die Verwaltung die entsprechenden Informationen weiterleiten wird.

Herr Castrillo berichtet zum aktuellen Stand der Umsetzung der Freifahrtregelung für die Stadt Monheim nach dem gestrigen Gespräch zwischen dem Bürgermeister der Stadt Monheim, Vertretern der Bahnen der Stadt Monheim und dem VRR.

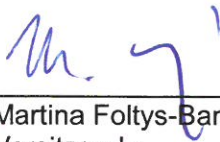
Die Beteiligten waren sich darin einig, dass zur Umsetzung einer Freifahrtregelung für Monheimer Bürger im Tarifgebiet 73 Langenfeld/Monheim der Rahmen des Kooperationsvertrages im Hinblick auf den Ausgleich der Mindererlöse durch die Stadt Monheim und der finanziellen Abschätzung der Wirkung der Maßnahme für die Bahnen der Stadt Monheim und beteiligter Dritter Verkehrsunternehmen

einzuhalten ist. Da das Freifahr-Ticket ein Verbundticket (Ticket 1000 im Abonnement A1 als Chipkarte) darstellt, sind ebenfalls die vertrieblichen, tariflichen und einnahmeaufteilungsbedingten Vorgaben des VRR-Tarifs einzuhalten. Die Bahnen der Stadt Monheim streben über den VRR hinaus eine Erweiterung der Fahrtmöglichkeiten mit dem MonheimPass auch für den Bereich des NRW-Tarifs und des VRS-Tarifs unter Anwendung dieser Tarife an.

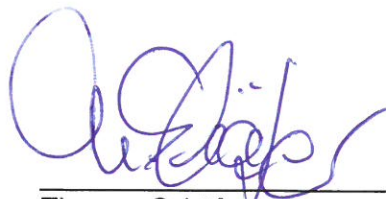
Der VRR wird in die Sitzung des Verwaltungsrates des 3. Sitzungsblockes einen Nachtrag einbringen, um Monheim die Beschaffung der erforderlichen Chipkarten zu ermöglichen und wird im nächsten Sitzungsblock einen Bericht zum aktuellen Stand der Umsetzung dieser Maßnahme abgeben.

Die **CDU-Fraktion** verweist darauf, dass es zwingend notwendig ist, eine auskömmliche finanzielle Regelung, insbesondere für Fahrten aus Monheim nach Düsseldorf und darüber hinaus zu finden, die unter anderem auch Großkunden der Rheinbahn und eine verbundweite Regelung für Bartickets mit einbezieht. Die Bereitstellung von finanziellen Mitteln, die über die zugesagte Höhe seitens der Stadt Monheim hinausgehen, ist für diesen Finanzbedarf sicher zu stellen. Eine Veränderung der Struktur der Finanzierung, des Gemeinschaftstarifs und der vertrieblichen Bedingungen im VRR ist nicht hinzunehmen.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Anwesenden.



Martina Foltys-Banning
Vorsitzende



Thomas Schäfer
Schriftführer

